

Antrag

der Abg. Andrea Schwarz u. a. GRÜNE

Grenzüberschreitender Katastrophenschutz

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie den Vorschlag der Europäischen Kommission (vgl. Drucksache 16/3230) zur Etablierung einer gemeinsamen Einsatzgruppe „rescEu“ weiter verfolgt und begleiten wird;
2. wie sie den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU der Kommission über ein Katastrophenschutzverfahren der Union bewertet, die Kofinanzierungsätze für die Kapazitäten, die für den Europäischen Katastrophenschutz-Pool zur Verfügung gestellt werden, auf 75 Prozent anzuheben, um damit ein Anreizsystem für die Bereithaltung von Einsatzmitteln für den Europäischen Katastrophenschutz-Pool zu schaffen (vgl. Drucksache 16/3230 Seite 16);
3. wie sie den unter Ziffer 2 genannten Vorschlag der Kommission bewertet, demzufolge Kapazitäten, die in den Genuss einer EU-Kofinanzierung kommen wollen, in den Europäischen Katastrophenschutz-Pool eingebracht werden müssen, wohingegen für Einsatzmittel außerhalb des Europäischen Katastrophenschutz-Pools keine finanzielle Unterstützung mehr gewährt werden soll (vgl. Drucksache 16/3230 Seite 16);
4. wie oft und von wem das Land Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren angefragt wurde, katastrophenschutztechnische Hilfe zu leisten;
5. in wie vielen Fällen das Land der angeforderten Hilfe nachgekommen ist, in welchen Ländern und in welchen Einsatzbereichen;
6. welche finanziellen Aufwendungen das Land für diese Hilfseinsätze getragen hat;
7. welche Einheiten und welches Know-How das Land im Katastrophenfall auf Anfrage anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zur Verfügung stellen kann;
8. wie die Alarmierung und Hilfe im Falle eines grenzüberschreitenden Katastrophenfalls in Baden-Württemberg organisiert sind und durchgeführt werden;
9. wie das Land das bestehende Alarmierungsverfahren der Katastrophenschutzeinheiten in der EU bewertet und in welcher Weise es einen Beitrag dazu leisten kann, das System zu vereinfachen und zu beschleunigen;
10. welche gemeinsamen und grenzüberschreitenden Katastrophenübungen in den letzten zehn Jahren zwischen deutschen und französischen, deutschen und Schweizer sowie deutschen, französischen und Schweizer Einheiten mit Beteiligung des Landes im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz durchgeführt wurden.

08.06.2018

Andrea Schwarz, Frey, Bogner-Unden, Kern, Maier GRÜNE

B e g r ü n d u n g

Im Zuge des Klimawandels und auch menschenverursachten Handelns häufen sich grenz- und länderübergreifende Katastrophen. Problematisch wird es, wenn Natur- und Umweltkatastrophen zeitgleich in mehreren Mitgliedsländern stattfinden, wie beispielsweise die großen Waldbrände in den südeuropäischen Mitgliedstaaten der EU 2017.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union können von der EU-Kommission bisher bereits auf freiwilliger Ebene um Hilfeleistungen gebeten werden. Aufgrund der massiven Beanspruchung durch einige Staaten konnte jedoch beispielsweise während der Waldbrandsaison in den Jahren 2016 und 2017 zehn von 17 Hilfesuchen nicht entsprochen werden. Die Folge: Europaweit über 100 Tote.

Es besteht offensichtlicher Handlungsbedarf. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Etablierung einer gemeinsamen Einsatzgruppe „rescEu“, als Ergänzung der Katastrophenschutzmaßnahmen und -zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und im Falle Deutschlands auch der Länder, sollte von der Landesregierung konstruktiv verfolgt und unterstützt werden.